Zeitschrift: Neues Berner Taschenbuch

Herausgeber: Freunde vaterländischer Geschichte

Band: 3 (1897)

Artikel: Aus der Zeit des Uebergangs : Stimmungsbilder nach zeitgenössichen Briefen

Autor: Steck, R.

Kapitel: III: Die letzten Wochen vor Ausbruch des Krieges ; Sendung nach Basel (Februar 1798)

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-127015

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

was er thut, heute zu und morgen gegen die Petition schwört. Mir scheint also dadurch, daß die Regierung einen freilich gewagten Versuch macht, sich im pays de Vaud zu behaupten, hat sie ihre heiligste Pflicht erfüllt und ihrer Ehre die gebührende Rechnung getragen. Mißlingt der Versuch nun so geschieht vielleich was sonst etwas später geschehen wäre."

Stecks Briefe an Gruber sind leider nicht erhalten. Er wird seiner Gesinnung gemäß eher für milde Maßregeln plädirt haben. Man mochte indessen dieses oder jenes thun, das Schicksal war nicht mehr aufzuhalten. Die Kommission kehrte nach Bern zurück, am 24. Januar brach die Revolution aus und die Waat ging für Bern verloren.

III.

Die letzten Wochen vor Ausbruch des Krieges. Sendung nach Basel, Februar 1798.

Von der Stimmung in den Kreisen derjenigen jungen Berner, die den Ideen der französischen Revolution freundlich gesinnt waren, geben aus jenen Tagen namentlich die Briefe Fischer's Zeugniß. Sie lassen die Gründe erkennen, aus welchen manche Angehörige des bevorrechteten Standes selbst mit den bestehenden Einrichtungen unzufrieden waren und ihre Abänderung wünschten. Es war die Zeitphilosophie mit der Lehre von den allgemeinen Menschenrechten, es waren für jenen Freundeskreis namentlich die Lehren Rousseau's und Fichte's, die zu solchen Resultaten führten. Namentlich Fischer war von diesen

Ideen stark ergriffen und befürwortete eifrig eine Umgestaltung der bernischen Verhältnisse in ihrem Sinne.

Seine Denkweise spricht sich besonders in einem langen Briefe aus, den er am 24. November 1797 aus dem Pfarrhause zu Schinznach an seine beiden Freunde, Steck und Zehender, richtete. Er war damals vor Kurzem als Vikar nach Thalheim im Aargau geschickt worden, nachdem, wie es scheint, die Aussicht auf eine Professur sich zerschlagen hatte. Der Auftrag scheint nicht gerade seinen Wünschen entsprochen zu haben, denn er redet in einem etwas früheren Briefe von dem „Ungewitter, das in dumpfen Tönen vom Dekanat her gegen mich anbrach." Indessen erfüllte er seine Pflicht, beschäftigte sich aber innerlich besonders mit den politischen Bewegungen der Gegenwart. So spricht er sich seinen Freunden gegenüber in dem erwähnten Briefe aus, den wir nun, mit einigen unvermeidlichen Kürzungen, mittheilen wollen.

„Ist unser Vaterland in Gefahr? Das frage ich nicht — ich setze es voraus, ich glaube es, aber dafür frage ich: 1. wie ist wohl der jetzige Zustand unserer Verfassung zu beurtheilen, ist eine Veränderung desselben zu wünschen? 2. ist eine von außen uns aufgedrungene Veränderung zu wünschen, oder abzutreiben? 3. was rathet die Pflicht, von der Klugheit geleitet, dem Bürger? 4. was erfordern meine Lage, meine Verhältnisse von mir insonderheit?"

Die erste Frage präcisirt er näher dahin: „sind in unserer Verfassung die Hauptbedingungen beobachtet, unter denen die moralische Entwicklung des Menschen möglich wird? . . . ich gestehe, daß mir unsere Verfassung jenen Erfordernissen nicht zu entsprechen scheint.

Wo ist die Möglichkeit, daß Anlagen im Menschen sich ausbilden, um die Stelle einnehmen zu können, welche ihm die Natur anweist — da sind unübersteigliche Hindernisse, die Monopolien entreißen durch ihre Unverletzlichkeit dem gemeinen Besten jenen Antrieb des Ehrgeizes und des Gemeingeistes, der schlummernde Kräfte weckt und Nacheiferung einführt. Ich erschrecke, wenn ich die Subtraktion anblicke, welche dieser Umstand an der Totalmasse der Aufklärung und Thätigkeit vornimmt. — Wo sind in unserer Verfassung die Mittel, Wahrheit zu verbreiten und ohne physische Gewalt Verbesserungen anzubringen? Publizität erdrückt, und keine Frage an's Volk, keine Antwort von ihm, ewige einseitige Vormundschaft. Ich wollte mich noch zufrieden geben mit Berechnung des Nationalwohlstandes, aber physische Unmöglichkeiten moralische Kräfte zu üben, die schlagen den Menschen nieder. An den Zustand der gemeinschaftlichen Unterthanen und der Angehörigen einzelner Kantone kann ich ohne Schmerz nie denken, Venedig könnte bei einer Vergleichung mit diesen gewinnen.

„Jeder einzelne Staat hat den Keim der Zerstörung in sich selbst, und doch entwickelt er sich zu ungleichen Zeiten, daher dann immer einer den andern zurücktreiben muß, wenn sich einige Versuche, das Joch abzuschütteln, hervorthun. Gesetzt, man wäre z. B. in Bern inkonsequent genug, das Volk gehörig aufzuklären, wie will man sich dann desselben bedienen, um z. B. die Freiburger zu erdrücken, wenn sie es nun haben wollen, wie die Berner. Zum Voraus hat ein Staat dem andern seinen aristokratischen Uebermuth garantirt, wo sind die Gränzen? Wenn die bittere Quelle auch bloße menschentödtende

Grillen ausströmte, so müßte der Verbündete das Auge zuschließen und sich zum Beifall zwingen. Wie empörend ist dieses Verhältniß, autorisiren zu müssen, was man verabscheut.

„O, was für herrliche Kräfte gehen nicht für die Menschheit verloren durch eine Verfassung der Zünfte, wenn sie vollends wie in Basel den Launen des Looses unterworfen sind, oder wie in Luzern alle Konkurrenz unmöglich wird, oder wie in Uri, Schwyz u. s. w. die niedrigen Demagogenkünste der Maßstab des Verdienstes werden.“

Dann fragt er sich, ob die jetzige Verfassung der Schweiz mit Rücksicht auf ihr Verhältniß zu den Nachbarstaaten nothwendig so sein müsse, wie sie ist, verneint aber die Frage: „Ist die Schweiz etwas, wenn das Gleichgewicht ihrer Nachbarn die Fortdauer ihrer Unabhängigkeit nicht mehr nothwendig macht? Ihren Unterhalt entzieht ihr ein Federstrich, ihre einzelnen Bundesgenossen verwickeln sie in gefährliche Verhältnisse, oder müssen sich gefallen lassen, aufgeopfert zu werden, Graubünden, Genf, Mühlhausen, das Bisthum Basel zeugen davon, oder werden davon zeugen.

„Die Menschheit sollte wohl gewinnen, daß so mancherlei Verfassungen innerhalb unserer Gränzen existiren, welche ihr belehrende Beispiele und Versuche aufstellen könnten? — Könnten — das ist wahr, aber wo ist jenes Streben, jene Nacheiferung, jene Publizität, welche die Bedingungen des gewünschten Erfolges sind? Die Theater sind zu klein, man reicht zu bald mit den Künsten der Familienintriguen aus, man macht sich zu bald Systeme der gegenseitigen Nachsicht und selten verfällt ein ausgezeichneter Mann

darauf, mehr zu sein, als er nothwendig braucht, und das ist sehr wenig."

Dennoch widersteht ihm der Gedanke, bei einer Volksbewegung Hülfe zu suchen. „Ich kann keiner Revolution von unten das Wort reden, und eine solche von innen heraus ist überdieß in unserem Vaterlande nicht zu erwarten. Ich scheue mich vor Unrecht, hier mein Grund gegen das erstere, und die Nichterwartung des letztern, die wird durch Vieles gerechtfertigt. Kein erheblicher Ausbruch — die bedeutendsten Gährungen sind gestillt; kein Zusammenwirken, bald trennt die Religion, bald nachbarliche Eifersucht. Wer sollte eine Umwälzung leiten? Jene Vorurtheile würden auch die neuen Machthaber entzweien. Woher sollte diesen ohne Gewalt ihr Ansehen kommen? Zutrauen fänden sie keines, so lang die bisher begünstigten noch einige Macht besitzen. Wie würden die Verbesserer beschaffen sein? ich zittere, wenn ich denke, was jetzt, tief im friedlichen Zustand, Aarau und Brugg für Häupter gewählt haben, und daß es in größern und kleinern Gemeinheiten solche Hummels in Menge giebt, wie sie Pestalozzi[1]) schildert, denen doch vor der Hand die erste Rolle nicht entgehen würde."

So würden die innern Verhältnisse allein eine Umwälzung noch lange hinausschieben. „Es braust indessen ein Sturm von außen her, wird er vorübergehen oder wüthen wie ein Orkan? Kann und soll man ihn beschwören? Dies sei meine zweite Frage".

„Es ist wahr, ich mußte hier meinen ererbten Nationalstolz bekämpfen, das Gefühl der Nationalwürde,

[1]) in Lienhard und Gertrud, der blutsaugerische Untervogt Hummel, dem der Landvogt Arner das Handwerk legt.

auf Völkergerechtigkeit gegründet, zur Ruhe bringen, die Flamme des auflodernden Patriotismus mäßigen, um unbefangen die Frage zu beantworten: dürfen wir Eingriffe in unsre Unabhängigkeit, oder den Umsturz derselben zugeben? — Widerstand forderte jede Sehne in mir, allein Menschenglück und Menschenrettung befahl Mäßigung und erlaubte keinen Widerstand ohne vorhergegangene Berechnung des zu hoffenden Erfolges. Dieser Grundsatz widerlegte jetzt meinen vorherigen Entschluß, meinen und meiner Mitbürger Untergang unter den Trümmern unsrer Unabhängigkeit nicht zu fürchten. — Ich frug jetzt nach der Möglichkeit deren Realisirung die nächste Zukunft verhüllt. Das Gelindeste wird sein, daß man Aufopferung von uns verlangt, — werden Ländereien gefordert: so trifft die Wahl größtentheils die gemeinschaftlichen Vogteien, diese können fürwahr bei keinem Tausche der Herrschaft verlieren, ich wollte ihnen noch Glück wünschen dazu. Einen verbündeten Staat hingegen kann Helvetien, ohne freiwillige Selbstübergabe desselben nimmermehr von sich abreißen lassen, die letzten Mittel bleiben da unerläßlich, theils wegen der Konsequenz der durchgängigen Treue im Beobachten beschworener Verträge, theils wegen der Zersplitterung, die sonst keine innere Haltung mehr an ihrer Ausbreitung hindern könnte.

„Geldaufopferung wäre zwar schimpflich, allein nie fällt auf uns ein größerer Schimpf zurück, als er den Erpressern auf ewig ankleben wird. Manche gemeinnützige Unternehmung müßte dadurch zwar aufgeschoben oder ganz abgewiesen werden, aber dann würde ich auch nie zu rufen aufhören: vermindert die Zahl derjenigen,

welche die Staatseinkünfte unter sich theilen, erschwert ihre Lasten, noch werden sie nicht darunter erliegen, und die andern nicht dabei darben. So würde ein Ausfall des jetzigen Jahrzehndes schon in den nächstfolgenden Dekaden sich wieder vergelten, der Staat würde sich dann bereichert und seine Regierung sich verbessert haben, dieses durch die Macht der größern Konkurrenz, die nunmehr entstehen müßte. Die katholischen Kantone wären am wenigsten zu beklagen, sie würden es wagen, die Hand an einige reiche Klöster zu legen und der mittelbare Werth dieser Erkühnung sowohl, als ihr unmittelbarer wäre wohl für den Patrioten entschieden.

„Wird man sich aber dabei begnügen, bloß den Baum zu schütteln, um seine Früchte wegzutragen, wird man denselben nicht ganz umhauen, um Holz und Früchte zu theilen? Diese Gefahr empört mich — wir sollten wieder unter Oesterreichs Joch uns schmiegen, oder von Frankreich das Almosen der Freiheit für einen kleinen Theil unseres Vaterlandes erhalten und theuer bezahlen?" Diese Ueberlegung würde doch einen Versuch des bewaffneten Widerstandes anrathen, und zwar auch gegen den übermächtigen Gegner, heiße er Oesterreich oder Frankreich. „Es ist wahr, daß Oesterreichs Herrschaft mich in Wuth setzt, täglich stehen Habsburgs Ruinen vor meinen Augen, an sie knüpfen sich tausend Vorstellungen — Furcht vor pfäffischer Unterdrückung nach Ungarns warnendem Beispiel, und Abscheu gegen die Menschenzertretung durch militärische Aushebungen und Entwürdigung kraftvoller Alpensöhne unter das schändende Rohr des Feldweibels. Der Patrizier möchte vielleicht eher noch sein Loos dulden, er würde Pensionen, Hofraths-,

Justiz-, Polizei-Rathsstellen wittern, aber so würde er dann nicht einmal mehr mit geradem Sinn herrschen, sondern dort höfisch kriechen, hier despotisch drücken. Castelen ist mir nahe, es ist erbaut aus Steinen, welche der Marschall von Erlach aus dem Breisgau durch Frohnfuhren der dortigen Bauern herfahren ließ — ist es nicht der Weißenstein im Kleinen? . . . .

„Aber Frankreichs Gemeinschaft würde vielleicht erwünschter sein? Mich schreckt sie, so lange noch jedes Jahr neue Erschütterungen droht. Möchte die dortige Verfassung sich bewähren und dann einst die kommende oder vielleicht fernere Generationen unsres Vaterlandes anziehen und nicht verschlingen! Diese Aussicht wollte ich segnen, sie würde wohl auch nicht die Besorgniß zulassen, daß französische Kultur die bei uns aufkeimende deutsche ersticke, diese würde alsdann sich schon entweder mit jener wohlthätig amalgamirt oder bei uns feste Wurzel geschlagen haben. — Frankreich will uns vielleicht einen Theil seiner Heere aufdringen, und — mit ihnen sollen wir die Verwüstung der Gesetz- und Sittenlosigkeit aufnehmen. Der niedrige Schmeichler wird, mit ihren Generalen zugleich, in die Reihe der Gesetzgeber eindringen wollen. Ich sah mit Unwillen, daß dieses in Cisalpinien geschahe. Drückende Auflagen werden das Land aussaugen und Auswanderung erst erzwungen und dann bestraft werden. Diese Aussicht ist mir auch fürchterlich." . . . .

Nun wendet sich Fischer zur dritten Frage: was die Pflicht, von der Klugheit geleitet, von dem Bürger erheische. „Jene verlangt Verbesserung eines unrechtmäßigen bürgerlichen Verhältnisses auf der einen Seite,

auf der andern Seite Vertheidigung eben dieses Zustandes gegen äußere Gewalt, ich winde mich hier bloß durch die Verbindung von beidem aus meiner Verlegenheit. So lange wünsche ich Kampf und Widerstand, bis wir uns das Recht darauf errungen haben, selbst eine Verbesserung unseres Zustandes vorzunehmen und auszuführen. Die Gefahr bahnt dann zu dieser den Weg, sie vereinigt, indem sie Vorurtheile zerstört, sie gibt die Veranlassung, welche einzelne Bürger nicht herbeiführen dürften, ohne des Verraths sich schuldig zu machen oder wenigstens den Verdacht desselben und seine Folgen zu tragen. Die Gefahr würde die ächten Patrioten kenntlich machen, vorausgesetzt, daß sie auch die besonnensten und die muthigsten wären, sie würden Achtung und Zutrauen gewinnen. Eine Diktatur wäre unumgänglich und diese würde schon mit der Nothwendigkeit bisher unerhörter, wenn gleich gerechter und kluger Maßregeln vertraut machen. Die Idee der Veränderung würde ihr Befremdendes verlieren, und das Realisiren derselben könnte mit unsrer Selbständigkeit vielleicht die Aussöhnung unsrer Feinde nach sich ziehen. Wer weiß, ob nicht unser Muth auf der einen Seite, und Gewinnung der einzelnen Machthaber in Frankreich auf der andern der Kaufpreis wäre, um den dieser Staat den unsrigen schonte, und sich begnügte in der neuen Regierungsform das Pfand eines dauernden Einflusses zu finden? — Eine auf diese Art veranlaßte Umwälzung würde sich mit der geforderten Treue gegen unsre jetzige Regierung vertragen, und doch den Weltbürger nicht gegen sich selbst waffnen. Sie könnte vielleicht nachher Handlungen der Gerechtigkeit zugleich zu Hülfsquellen umschaffen, die befreiten gemein-

schaftlichen Unterthanen würden gewiß freiwillig ansehnliche Summen zur Erhaltung desjenigen Staates beitragen, der aufhört, ihr Unterdrücker zu sein, und sie in seinen Schooß aufnimmt, die Klöster müßten sich gefallen lassen, die Rettung des Staates und der Religion mit ihrem Dasein zu bezahlen, und Bern insbesondere würde vielleicht die England geliehenen Summen retten, welche sonst auf jeden Fall verloren wären; alle Anstalten für Humanität und Aufklärung, deren wirklich sehr schätzbare in unserm Mittel sind, würden in ein konsequentes System hineingezogen werden und da die Bürgschaft ihrer Dauer und ihrer Wirksamkeit finden."

Was endlich die vierte Frage, seine eigene Stellung zum Staate anbetrifft, so findet Fischer in seinem geistlichen Stande ein unbedingtes Hinderniß, aktiv hervorzutreten. „Ich habe mit mir ausgemacht, daß der Lehrer der Religion und der Sittlichkeit an keiner Revolution thätigen Antheil nehmen darf, wenn er auch als Mensch und als Bürger noch so sehr von ihrer Rechtmäßigkeit überzeugt sein sollte." Nur wenn die Regierungsform durch andere Stände umgeworfen würde, dürfte ein Geistlicher eine neue Laufbahn betreten und als Vertreter der Sittlichkeit in den neuen Verhältnissen zu wirken suchen.[1]) So schließt dieser Brief mit der in der Stellung des Schreibers liegenden Selbstbeschränkung, die in ihm dargelegten Ansichten lassen aber erkennen, daß bei allem

[1]) Ueber diese Frage hat sich Fischer in seiner im Mai 1798 in Basel erschienenen Schrift „über das Verhältniß der Geistlichen zum Staate u. s. w." näher ausgesprochen. Da verlangt er für die Geistlichen entschieden das politische Stimmrecht, das die helvetische Einheitsverfassung ihnen aberkannt hatte.

jugendlichen Idealismus ein klares und bestimmtes Ziel ihm vorschwebte, die unvermeidlichen Veränderungen, welche die politische Lage bald herbeiführen mußte, zur Anbahnung eines besseren Verfassungszustandes für Bern und die Schweiz zu benutzen, das nämliche Ziel das, freilich vielfach durch persönliche Begehrlichkeit getrübt, die Männer der sogenannten Patriotenpartei verfolgten. In Fischer sehen wir einen der überzeugtesten, aber dabei ideal und uneigennützig gesinnten Vertreter dieser Richtung.

Er hatte bald Gelegenheit seine Ansichten im Verkehr mit einem der bedeutendsten Männer der damaligen Zeit, mit Heinrich Pestalozzi, noch mehr abzuklären und zu festigen.

Der nächste Brief, den er an seine Freunde schrieb, datirt von Schinznach, den 4. Dezember 1797, berichtet von einem Besuche, den er diesem bedeutenden, aber damals in seinem Werthe noch nicht recht erkannten Manne in Birr gemacht hatte. Da kam das Gespräch bald auch auf die politischen Verhältnisse und es stellte sich volle Uebereinstimmung der Ansichten heraus. „Daß eine Umänderung der Dinge zu wünschen sei, darüber waren wir einig, daß der Stoß von außen kommen müsse, war uns auch nicht zweifelhaft, und daß er von uns müsse aufgenommen, geleitet, modificirt werden, das war seine (Pestalozzi's) Meinung ebenfalls." Die Franzosen sollten also gleichsam den Hebel abgeben, mit dem die Freunde einer inneren Umgestaltung die bisherige Staatsform aus den Angeln zu heben gedachten. Nach Verrichtung dieses Dienstes sollten sie sich dann höflich zurückziehen und aus der Ferne beifällig dem Leben des neu ge-

schaffenen, weltbürgerlich organisirten Staates zusehen. Die Rolle, die Frankreich da zugedacht war, ließ an Edelmuth gewiß nichts zu wünschen übrig, aber sie war dem Charakter der französischen Politik offenbar nicht recht angepaßt.

Wir verzichten übrigens darauf, den inhaltreichen Brief Fischer's über seine Unterredung mit Pestalozzi hier weiter mitzutheilen, da derselbe schon anderswo vollständig veröffentlicht wurde.[1])

Die Ereignisse gingen nun ihren Gang weiter und schienen zunächst den Fischer'schen Erwartungen zu entsprechen. Die bernische Regierung gab dem Ernste der Lage nach, die Lostrennung der Waat, Ende Januar 1798, hatte endlich Vielen die Augen geöffnet, man widerstrebte nicht länger den von den liberal Gesinnten längst verlangten Reformen. Am 2. Februar hatte der Große Rath von Bern eine Kommission eingesetzt, um die Mittel zu berathen zur Rettung des Vaterlandes vor der immer näher heranrückenden Gefahr. Die Kommission legte noch am gleichen Tage den Entwurf einer Proklamation vor, welche die Zusicherung gleicher politischer Rechte für alle Staatsbürger enthielt. Da dieser Ausdruck im Rathe beanstandet wurde, so brachte die Kommission am 3. Februar einen andern Entwurf ein, der allen Staatsbürgern die Fähigkeit zu den Regierungsämtern zu gelangen, zusprach. Die Repräsentanten vom Lande in der Kommission, Rengger, Lüthard, Stuber, Michel, Lüscher hatten soweit nachgegeben. So erließ der Rath nun diese

---

[1]) In den „Pestalozziblättern" (Beilage der Schweiz. pädagog. Zeitschrift) von 1891, Nr. 1 und 2, von Dr. O. Hunziker.

Proklamation und Steck, der damals wieder auf der Staatskanzlei arbeitete, sandte sie alsbald seinem Freunde Fischer, der nun wieder im Pfarrhause zu Höchstetten bei seinem Vater sich aufhielt und daneben in Hasle bei Burgdorf vikarisirte.

Da diese Proklamation für das Folgende wichtig ist[1]) und bei Strickler, Aktensammlung I. 403 unter Nr. 1329 nur erwähnt, aber nicht abgedruckt wurde, so geben wir sie dem Wortlaute nach. Es ist ein Plakat in Folio mit dem Bernerwappen geschmückt und lautet so:

Wir Schultheiß Klein- und Große Räthe, und Ausgeschossene der Städte und Landschaften des Eidgenössischen Standes BERN, thun kund hiemit

Daß wir, nach feyerlicher Abschwörung eines theuren Eides zu Gott dem Allmächtigen, Unser Vaterland und seine Unabhängigkeit gegen jeden äußern und innern Feind mit Gut und Blut zu vertheidigen, Uns frey und ungedrungen entschlossen haben, die Regierung mit dem ganzen Volke auf das innigste zu verbinden, und zu diesem heilsamen Endzwecke in Unsrer Staatsverfassung diejenigen Verändrungen vorzunehmen, die das Wohl des Vaterlandes erfordern und dem Geiste der Zeiten und den Umständen angemessen sind.

---

[1]) Sie hat noch bei der Bewegung der Dreißigerjahre nachgewirkt, s. Blösch, Eduard Blösch und 30 Jahre bernischer Geschichte S. 30. — Die Staatskanzlei soll damals die nutzlos daliegende und längst als antiquirt betrachtete Proklamation als Emballage zu Versendungen an die Gemeinden gebraucht haben, wodurch Viele von Volksrechten erfuhren, von denen sie keine Ahnung gehabt hatten und auf die sie sich nun berufen konnten.

Zu diesem Ende haben Wir, nach reifer Ueberlegung, folgende Beschlüsse erkannt, und demnach festgesezt und verordnet:

1. Daß wir längstens innert Monatsfrist einer aus den einsichtsvollsten und rechtschaffensten Staatsbürgern von Uns niedergesezten Kommission den Auftrag ertheilen werden, den Plan zu einer verbesserten Staatsverfassung zu entwerfen.

2. Daß jeder Staatsbürger das Recht habe, zu allen Stellen der Regierung und Verwaltung des Staates zu gelangen, und daß die Repräsentation des Volkes in der Regierung, durch selbstgewählte Repräsentanten, als Grundlage dieser Verfassung festgesezt seyn solle.

3. Daß in Aufrechthaltung der Religion und Behauptung Unsrer Freyheit, Unabhängigkeit und Integrität, Wir fest entschlossen seyen, die erkannte Verbesserung Unsrer Staatsverfassung ohne einige fremde Einmischung vorzunehmen und zu vollenden.

4. Daß das Privateigenthum gleich dem Eigenthum des Staats und der Gemeinheiten unter den Schuz der Geseze gelegt, als unverlezbar erklärt, und sowie die Sicherheit der Personen heilig seyn solle.

5. Daß die Besoldung aller Aemter in der Regierung nach dem Verhältnisse ihrer Beschwerden und Arbeiten bestimmt, alle übrige Staatseinkünfte aber zu Gunsten des Staates verrechnet werden sollen.

6. Daß der Entwurf dieser Verbesserung der Staatsverfassung innert Jahresfrist den zu dem Ende versammelten Staatsbürgern zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt, und von dem Zeitpunkte an, da er wird angenommen worden seyn, fürdersamst in Ausübung gesezt werde.

7. Daß, zu Handhabung der gesezlichen Ordnung und innern Ruhe, eine Kommission mit der nöthigen Vollmacht niedergesezt werde.

8. Daß diese Beschlüsse den Einwohnern des ganzen Landes mitgetheilt, durch den Druck bekannt gemacht, von Kanzeln verlesen, und an gewohnten Orten angeschlagen werden sollen.

Geben den 3. Februar 1798.

Canzley Bern.

Als Fischer diese Proklamation erhielt, brach er in hellen Jubel aus und schrieb am 4. Februar[1]) seinen Freunden: „Theure Freunde! So ist es denn erfüllt, was noch vor wenig Monaten schöne Träume schienen! so, von günstigen Umständen begleitet, eingetroffen, was sonst nur im Gefolge oder im Begleit von Stürmen und von Zerstörung einzutreten pflegt! Freilich vorüber ist das Gewitter noch nicht, allein wenn es auch einschlägt, wenn es auch verheert: so war doch der Tag — an dem eine schöne Morgenröthe anbrach, und ich werde ihm zwar nachweinen, aber ihn segnen, und mit ihm viele edle Männer, welche er emporhob aus dem Staube der Unbekanntschaft, indem er sie der öffentlichen Hochachtung hinstellte, oder die er rechtfertigte in ihrem Denken und

---

[1]) Kurz nachher, wahrscheinlich Sonntag den 11. Februar, hielt Fischer aus Anlaß der Ankündigung des Dekrets eine Predigt „über die merkwürdigen Beweise der göttlichen Vorsehung in den Maßregeln unserer Obrigkeit", die in Bern bei der typographischen Buchhandlung 1798 erschien. Sie ist über den Text Sprüchwörter XXI. 1 (des Königs Herz ist in des Herrn Hand wie Wasserbäche, er leitet es wohin es ihn gelüstet) gehalten und gibt der Freude und Dankbarkeit über das Ereigniß beredten und ergreifenden Ausdruck.

Handeln. Segen über ihnen! .... Weg, drohender Dämon der Herrschsucht, laß ein freies Volk sich selbst beglücken und das Verdienst hervorsuchen .... Gestern erhielt ich die Proklamation, welche unserm Vaterlande neue Energie geben wird, daß seine Söhne ihre schönen Prädikate nicht mehr bloß von den Ahnen erborgen und gegen schnödes Geld, oder den Tand eitler Ehre, oder jede andere schön verlarvte Herabwürdigung verkaufen. — Ich war durch mancherlei bewegt, gerührt, geweckt worden, die Nachricht kam an, mit hastiger Hand ergriff ich sie, ich las und tief im Busen erhob sich die Rührung, welche sich bald Luft machte in Thränen, der Menschheit ein heiliges Opfer! — .... Ich suchte Jemand, dem ich Gleichheit! zurufen könne, der Schreiber Bühlmann trat herein, und er empfing als Repräsentant meiner Mitbürger den Bruderkuß. — Frankreich! schone ein friedliches Volk, vergönne uns die reine Freude, unsere Vertheidiger zurückzurufen in ihre Familien und sie zu begrüßen: Heil Euch! ihr habt durch Treue, durch Ordnungsliebe gesiegt, keine blutigen Kämpfe verbittern unsere Freude, ihr habt errungen, was sonst Blut und Zerstörung kostet — Freiheit! und unbefleckt ist ihr Genuß! —"

Gegen das Ende des Briefes läßt die Zuversicht etwas nach: „Ach — werden wir Frieden haben? — Nicht eine Eroberung — allein die eine und untheilbare helvetische Republik macht mir noch viele Sorge."

Etwas weniger enthusiastisch nahm Steck, der dem Gang der Staatsgeschäfte näher stand, das Ereigniß auf. Er schrieb ihm zurück: „Auch wir, mein Theurer, haben freudetrunken frohlockt über die Morgenröthe eines

schönern Tages, haben uns umarmt, uns den Bruderkuß der Freiheit gereichet. Aber wird er auch wirklich so hell sein, dieser Tag? sind wir gerettet? Bange Zweifel pressen uns den Busen ..... Eine bedeutende Macht haben wir durch diese Veränderung den Fränkischen Machthabern in der öffentlichen Meinung entgegengesetzt; aber ihre Schaaren haben einen Theil unseres Landes inne; gerne kehrte dieses gute Volk zu uns zurück, vereinigte sich gerne mit denen, die sich nun als Brüder, nicht mehr als Herren ihnen nahen; schon ist er laut geworden dieser Wunsch, als die Kunde jenes großen Tages zu ihnen herüberkam. Wer entfernt jene Schaaren, müssen wir zum Schwerte greifen? es sei: nur Vorsicht und Gemessenheit, daß kein übereiltes Beginnen ihre National Rache über uns bringe.

„Wenig Neues seit vorgestern: (General) v. Büren hat sich bei einem Anfalle von Heroismus herausgenommen die Stadt Aarau feindlich zu überziehen; man setzte ihm keinen Widerstand entgegen, er nahm Besitz von der Stadt, entwaffnete die Bürger, setzte den alten Magistrat wieder ein und that das Alles aus eigenem Impuls während daß Boten des Friedens auf dem Wege waren, dieser Gemeine die Nachricht von unserer Staatsreform und Amnestie zu bringen. Mehrere der revolutionären Partei flüchteten nach Basel, andere nach Biel, wo sich Mengaud aufhält. v. Büren ist vor den Kriegsrath berufen um Rechenschaft abzulegen, und Bay (Advokat) ist gestern an die Stadt Aarau abgeordnet worden um sich zu erklären und alles beizulegen.

„Noch ist das Vaterland nicht gerettet, noch muß gehandelt werden; die Veränderung ist erzwungen, und

ist vielleicht unzureichend. Die Franken vermissen ihre zufälligen Attribute, ich wünsche, sie blieben weg. Aber die nämlichen Menschen sind an der Spitze der Regierung. Der Franke wird uns zurufen, ihr seid Heuchler, ihr täuscht uns mit Worten.

„Auf der andern Seite Reaktion. Man ist erbost auf Fellenberg und auch ich habe die Ehre zuweilen als Jakobiner und Revolutionair genannt zu werden. Es sei. Ich fühle nur eine Gleichgültigkeit gegen das Urtheil anderer, die mich über alles wegsetzt."

Es zeigte sich in der That bald, daß die so enthusiastisch begrüßte Reform nicht die Morgenröthe eines besseren Tages, sondern nur ein kurzer Sonnenblick gewesen war, nach dem die Wolken sich schwärzer als zuvor zusammenzogen. Der französische Gesandte Mengaud erklärte die Konzessionen für ungenügend und verlangte Abdankung der alten Regierung. Mit ihm unterhandelte in Basel eine bernische Abordnung bestehend aus Tillier, Bay, Rengger, Gygax[1]), der Steck als Sekretär beigegeben wurde. Es war eine peinliche Mission, die nur zu Demüthigungen führte. Mengaud hatte seine Forderungen, nachdem von Bern aus den Abgeordneten in Basel deren Ablehnung mitgetheilt worden war, nun direkt nach Bern gerichtet. Aber die bernische Regierung blieb diesmal fest. Darüber schreibt nun Steck am 20. Februar 1798 Folgendes[2]):

---

[1]) Strickler, Aktensammlung I. 251. Nr. 670, die Instruktion ist vom 9. Februar datirt.

[2]) Der Brief ist von Fischer's Hand geschrieben, dem Inhalt nach aber offenbar eine Kopie eines Briefes von Steck. Vgl. den ganz entsprechenden Brief von Bay an Herrmann ebenfalls vom 20. Februar,

„Ihr kennt den Inhalt der Note, die Mengaud an unsre Regierung eingesandt hat; ihr wißt, daß man dieselbe geradezu zurückgewiesen hat. Diese Antwort von Bern ward mit Klugheit dem fränkischen Gesandten mitgetheilt, er war darüber so entrüstet, daß er drohte auf der Stelle den Befehl zum Angriff zu geben, kaum konnte man ihn besänftigen, er versprach eine Proklamation an's Volk noch vorhergehen zu lassen.

„Frankreich will die Veränderung unserer Staatsform vor der Epoche der Primairversammlungen und wird sie gewiß durchsetzen. England sucht eine Vendée im Osten zu bereiten, und Unruhen im mittäglichen Frankreich werden gewiß ausbrechen. Ihr wißt, wie leicht der Krieg mit Oesterreich von Neuem ausbrechen kann, und für Frankreich steht zu besorgen, daß unsre Regierung und ein Theil des Volks, auf's Aeußerste gereizt durch seine letzten Begegnungen, sich mit seinen Feinden vereinigen werde.

„Die Billigsten unter uns sind über den Grundsatz einig, daß der Krieg abgewendet werden solle, wenn es vermittelst einer Veränderung geschehen kann, die ohnehin als rechtmäßig gewünscht, und später vorgenommen worden wäre. Der Wohlstand unseres Volkes darf für nichts aufgeopfert werden, als für die Behauptung seiner Unabhängigkeit und Würde. Das Dekret vom 3. Februar muß, wenn es Ernst damit ist, schleunig in Ausübung gebracht werden, die Jahresfrist ist bloß das Maximum des Aufschubs." Steck schlägt nun vor,

---

in Zschokke's Denkwürdigkeiten II. 346, und Strickler's Aktensammlung I. 262, Nr. 696.

daß durch ein neues Dekret der sofortige Uebergang zur repräsentativen Staatsform erklärt und eine Versammlung von wirklichen Volksvertretern nach freier Wahl, ohne Rücksicht auf den Unterschied zwischen der Hauptstadt, dem Land und den kleinen Städten, einberufen werde. Aber auch dann bleibt die Lage ernst genug. „Wird diese Maßnahme uns aber wirklich retten vom Kriege? uns schützen gegen die Anmaßungen der französischen Machthaber? unsere innere Ruhe und gesetzliche Ordnung sichern? Sie wird es, so weit es überhaupt unter diesen Umständen möglich wird, sie wird es mehr als irgend eine andere.

„Die Absichten der fränkischen Regierung, so weit man sie aus den Aeußerungen Mengaud's und aus der Uebersicht ihrer Lage schließen kann, sind dabei erreicht. Sie werden zwar Entschädigung fordern an die Kriegskosten, und man wird ihnen gegen Abtretung eines Streifs Landes mit Würde eine Summe hinwerfen können. Mehr werden sie nicht fordern und können es nicht, denn 1. würde eine starke Armee auf unsern Gränzen erforderlich sein, und in 2 Monaten haben sie dazu keine disponible Macht; 2. liegt ihnen viel daran, sich einen guten Namen zu machen, um die Revolution in Deutschland, die nach Briefen aus Rastadt im Werke sein soll, zu erleichtern.

Ferner wird eine wahre Volksversammlung, die im Namen der Nation spricht und handelt, eine ganz andere Stellung gegen Frankreich annehmen können, als unsere gegenwärtige Regierung, die erschöpft und kraftlos ihren matten Gang daherschleicht. Wir glaubten, sie würde durch die Beschlüsse vom 3. Februar Leben gewinnen,

allein die neuesten Vorfälle im Aargau scheinen das Gegentheil zu beweisen.

„Noch einige Tage und unser Schicksal wird entschieden sein, es ist dringend, daß ein Entschluß genommen werde, die Augenblicke sind kostbar. Im Département du Mont Terrible stehen 30,000 Mann, täglich ziehen hier Truppen durch, von Stunde zu Stunde muß man den Angriff erwarten. Wollt ihr Krieg? für wen kämpft ihr? für wen bringt ihr namenloses Verderben über euer Vaterland? Für Freiheit, sagt man, für Unabhängigkeit, für Nationalwürde. Würdet ihr nicht vielmehr kämpfen für eine veraltete Verfassung, die des Opfers nicht werth ist? für persönliches Interesse? für Individuen? ..... Will man wieder Zuflucht nehmen zu einer halben Maßnahme, so folgt der Ausbruch, Bern und Solothurn, und sie allein, müssen von allen Seiten her büßen für ihre Halsstarrigkeit.

„P. S. Soeben (Dienstag Morgens den 20.) erhält Mengaud den Befehl vom Direktorium, die Truppen in unsern Kanton einrücken zu lassen. Er will noch das letzte friedliche Mittel versuchen. Es ist Zeit die Sache des Vaterlandes — nicht die der Regierung, zu retten. Unsre Deputirten sind entschlossen, wie viele andre, ihre Stellen niederzulegen, wenn die Regierung hartnäckig auf dem Alten besteht."

In Bern sah man dagegen damals noch die Lage nicht als so verzweifelt an und war sogar noch nicht einmüthig zu einer durchgreifenden Verfassungsänderung entschlossen. Am 24. Februar kam eine Abordnung von Basel nach Bern, bestehend aus Huber, Legrand und

Schmid [1]), die dem Großen Rathe vorstellte, wie die Stadt Basel sich freiwillig zu einer innern Umgestaltung entschlossen und diese bereits durchgeführt habe, wodurch das gute Verhältniß zu Frankreich wieder hergestellt worden sei. Bern möge ein gleiches thun um dem drohenden Schicksal zu entgehen. Der Große Rath hört die Abgesandten willig an und Schultheiß Steiger gab ihnen, wie Tillier sagt, eine würdige, selbst verbindliche Antwort, aber der Anregung wurde keine Folge gegeben [2]). In Bern sah man einstweilen den Feind noch nicht vor den Thoren, man glaubte immer noch den Krieg vermeiden zu können, ohne im Nachgeben zum Aeußersten zu schreiten. Möglich, daß der Rath der Basler, auch wenn man ihn befolgt hätte, doch nicht die gewünschte Wirkung erreicht haben würde. Die Sache lag für Frankreich, Bern gegenüber, anders als früher gegen Basel. Die bernische Aristokratie war ein viel gefährlicherer Gegner als die von Basel, und die bernischen Millionen waren in der Handelsstadt, die mit dem Gelde besseres anzufangen wußte, als es einzukellern, nicht zu holen. So schreibt denn Fischer an Steck am 24. Februar Folgendes:

„Ich habe dieser Tage in einen Ideentausch mich hinein geworfen, wie noch nie in meinem Leben; Fellenberg, Stapfer und gestern Schmid sind auf's Vertrauteste mit

---

[1]) Joh. Jakob Schmid von Basel, wurde unter der Helvetik Statthalter von Basel, 1800 Mitglied des Vollziehungsausschusses, dann helvetischer Kriegsminister. — Vgl. über diese Gesandtschaft Strickler, Aktensammlung I. 240 Nr. 623 und 270 Nr. 714[a].

[2]) Vgl. Strickler, Aktensammlung I. 243 Nr. 633.

mir umgegangen, und wenn Friede und Unabhängigkeit uns bleibt, so segne ich diese Tage.

„Ich bin erklärt dafür, daß unsre Regierung einer Nationalrepräsentation Platz mache, unsere Gründe sind die gleichen. Ich bedaure indeß wegen der guten Sache, daß Ihr — die Deputirten nach Basel, den Fragepunkt unrichtig aufgestellt habt. Wir müssen, sagt ihr, den Krieg abwenden, und darum Mengaud's Forderung nachgeben. Das empört! so müssen wir denn Frankreichs Gesetze, um nicht gestraft zu werden, annehmen. Die Unabhängigkeit wird nunmehr die Losung der Aristokraten, und die scheinbare Konsequenz verblendet Manche. Daß M. noch einen Ausweg sich behalten will, das flößt Mißtrauen ein, und man hätte Recht, wenn die neue zu wählende Convention sich nicht gleich bey ihrer ersten Sitzung als unverletzlich erklären und dadurch jede Anmaßung entkräften könnte, sie kann, sie soll, sie wird es, denn ohne Zweifel muß sie an Energie gewinnen. — Hättet ihr diesen Gesichtspunkt in's Auge gefaßt, ihr würdet weniger euch den Eingang verschlossen haben, ihr konntet es sagen: „gebt nicht den Franken, gebt nicht der Furcht vor dem Kriege nach, gebt dem ausgedrückten oder vermuthlichen Wunsche eurer Mit-Eidgenossen, gebt der in diesen Zeiten gefährlichen Minorität des Volkes nach, bedient euch eures Ansehens, um die euch anhängende Majorität der ersteren entgegenzubringen, vereinigt so eure Kräfte und laßt dann eure erste Frage seyn: wird Frankreich jetzt sein Luzern gegebenes Versprechen halten oder sollen wir uns selbst Recht verschaffen?“ Auf diesem Wege, denke ich, würdet ihr euch nicht den Verdacht zugezogen haben: „ihr seyet

erbärmlich terrorisirt." Dieser Verdacht schadet in dem Grade, in welchem Tillier den Schrecken durch seine Briefe[1]) allgemeiner zu machen suchte, und in welchem die Widerstrebenden sich das Ansehen der Würde und Kraft zu vindiciren Anlaß haben.

„Jetzt eben ist die Gährung am größten. Schmid besorgte gestern, ihre Sendung werde unkräftig seyn, die Aristokraten haben die Legation verschrien, diese handelt indeß, wie reine Aufrichtigkeit und Treue es gebieten, und läßt sich einstweilen mißkennen. Vor 200 werden heute die heftigsten Debatten erfolgen. Wenige der bisherigen Regierungsglieder sind zum Nachgeben gestimmt, die Ausgeschossenen sind getheilt, die meisten wünschen das Nachgeben, manche unter diesen drohen ihre Stellen niederzulegen. Die Oberländer stimmen für Krieg, das Emmenthal und Aargau für die Abtretung — es erfolgt Anarchie, wenn die Ausgeschossenen wirklich Bern verlassen, sie, die das Vaterland auf irgend eine Weise retten sollten, geben die Losung zu seinem Ruin. Die hiesige Burgerschaft ist auch getheilt, der größere Theil will den Frieden, aber er würde denselben auch kaufen um jeden Preis und also ist sein Wollen Feigheit. — Man spricht verschieden von den Truppen, die einen lassen Gährung unter ihnen herrschen, die andern schreiben ihnen Muth, Einigkeit und allgemeine Erbitterung zu, sowohl gegen den äußern Feind, als gegen die sogenannten inneren, welche die Regierung „mit Undank lohnen wollen." „Man sollte," sagen einige Eiferer,

---

[1]) Z. B. den Brief vom 20. Februar, bei Strickler, Aktensammlung I. 240 Nro. 620, und 244 Nro. 638.

„diese Vertheidiger unserer Freiheit gegen die Stadt führen und ihre Obrigkeit so schützen lassen, wie es die braven Solothurner thaten.“ Doch, das sind Schimären, und nur dann nicht ganz aus der Luft gegriffen, wenn die Regierung bei allfälligem Nachgeben nur seufzt anstatt befiehlt, es ist in ihrer Hand Ruhe zu erhalten, ich hoffe, sie habe Stolz genug, das letztere zu thun.“

Dann theilt Fischer die Wahlen in die Konstitutionskommission mit, die ihm wenig Vertrauen einflößen und findet schließlich, die Kommission in Basel dürfe ihre Mission nicht niederlegen. „Vergeßt was eure Meinung war, wird sie nicht angenommen, ist unsere Gefahr nicht abzuwenden, so kommt her, theilet sie mit uns, und du, komm in den Arm deiner Theuern, fest umschlungen wollen wir sterben für Treue — Treue gegen die Grundsätze des Rechts und gegen die Pflicht der Freundschaft.“

Die Kommission kehrte bald darauf, wie man weiß unverrichteter Dinge, von Basel zurück. Der Sturm brach los. Er knickte die stolze Eiche, die sich nicht hatte beugen wollen. Es war besser so. Bern fiel, aber es fiel nicht ohne Würde und wie Fischer es vorausgesehen hatte, wurde der Vortheil des Patriotismus und des Muthes in diesen letzten Tagen der Partei des Widerstandes zu Theil, während die Freunde des Nachgebens in eine schwierige und undankbare Stellung gedrängt waren. Doch wird man gerade aus diesen Briefen ihre Denkweise milder beurtheilen gelernt haben.

Ueber die Einnahme Bern's am 5. März schweigt der Briefwechsel. Die Freunde waren da alle in Bern vereinigt und fanden in ihrem persönlichen Verkehr den rechten Halt in der Gefahr.

Es kam nun zur Bildung der helvetischen Republik und die politischen Theorien der Freiheitsfreunde hatten die Probe ihrer praktischen Brauchbarkeit abzulegen. Auch über diese Zeit berichten unsre Briefe manches, was der Erinnerung werth wäre und was vielleicht ein anderes Mal unserem Leserkreise mitgetheilt werden darf.